

## „Kirchenmusiker wachsen nicht auf der Wiese“

Zum Auftakt des Schwerpunkttages „Musik und Kirche“ diskutierten Vertreter aus Musik und Theologie über die Bedeutung von Kirchenmusik und darüber, wie sie sich entwickeln muss, um auch in Zukunft attraktiv zu sein. Die Ausbildung von Kirchenmusikern solle verbessert werden, so ein Fazit.

„Kirchenmusik muss aktuell sein, aber auch konservieren“, sagte Ewald Liska vom Festival für Europäische Kirchenmusik. Dem müsse die Ausbildung von Kirchenmusikern Rechnung tragen. Dass sich diese verbessern müsse, befand auch Oberkirchenrat Ulrich Heckel: „Kirchenmusiker wachsen nicht auf der Wiese!“ Udo Dahmen von der Popakademie Baden-Württemberg forderte für Kirchenmusiker die Möglichkeit, sich auch in Richtung Populärmusik bewegen zu können. „Ein Kirchenmusiker muss nicht alles können“, sagte Marcel Dreiling vom Schwäbischen Chorverband: „Wichtiger wäre es, dass sich ein Musiker Partner ins Boot holt, die das können, was er selbst nicht kann.“

Die Vielfalt der Gottesdienste, die unterschiedliche Zielgruppen anspreche, sei großartig, befand Diözesanmusikdirektor Walter Hirt. Dennoch „sollten wir aber wieder in den Blick nehmen, wie wir diese unterschiedlichen Milieus um einen Altar herum verbinden.“ Nur durch ansprechende Musik sei das System Gottesdienst allerdings nicht zu heilen, sagte Landeskirchenmusikdirektor Bernhard Reich. 90 Prozent der Chorleiter und Organisten arbeiten im Nebenamt. Man müsse sie so einsetzen, dass sie ihre Schwerpunkte leben können. Dem stimmte Marcel Dreiling zu: „Richtig authentisch wird die Kirchenmusik nur, wenn die Musiker mit dem Herzen dabei sind.“ Die Musik müsse sowohl den Musizierenden als auch den Zuhörer



Schwerpunkttag „Musik und Kirche“:

*Musik und Kirche müssen interkulturell, integrativ und inklusiv sein.*

ergreifen, damit sie glaubhaft sei. Es gehe bei Kirchenmusik aber um noch viel mehr, so Dahmen: „Kirche ist ein Platz für alle.“ Musik und Kirche müssten interkulturell, integrativ und inklusiv sein. Es gehe um gemeinsames Zelebrieren von Musik und auch darum, davon begeistert zu sein. „Kirchenmusik berührt die Menschen im Geiste. Es geht um Begegnung von Menschen miteinander, aber auch mit Gott“,

sagte Hirt. Und Heckel ergänzte, Kirchenmusik sei ein „Ort der Theologie“. Das könne Musik allerdings auch außerhalb der Kirche leisten – darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig. Musik und Kirche bedeute in der Zukunft auch, dass sie Gegensätze nicht verdecke, sondern verbinde. Das Kirchenpublikum sei besonders tolerant, was das Akzeptieren unterschiedlicher Musikstile betrifft.

### Aus dem Inhalt

2/2011

Entwicklungsarbeit  
und Mission:  
Sofortprogramm für  
den Südsudan

Seite 3

Nachhaltigkeit durch  
Sicherheit und  
Innovation: Mittelfristige  
Finanzplanung

Seite 5

Friedensarbeit besser  
vernetzt: Konvokation  
auf Jamaika zum  
Abschluss der Dekade

Seite 7

## Kirchenmusik soll vielfältiger werden

Die Kirchenmusik in der Landeskirche müsse wohlüberlegt und behutsam weiterentwickelt werden. Dies forderte der Vorsitzende des synodalen Sonderausschusses „Musik in der Kirche“, Winfried Dalferth, beim Schwerpunkttag „Musik und Kirche“.

„Stillstand in der Musik bedeutet Rückgang bei den Besucherzahlen“, zeigte sich Winfried Dalferth überzeugt. Vorsichtige musikalische Weiterentwicklungen seien deshalb zwingend nötig. Diese müssten jedoch wohlüberlegt, behutsam und liturgisch angemessen umgesetzt werden. Gleichzeitig verlange auch die traditionelle Kirchenmusik hohen Respekt, denn sie eröffne eine andere musikalische Welt im Unterschied zum Alltag.

Dalferth gab zu bedenken, „ob wir dauerhaft zwei Liederbücher brauchen: das Gesangbuch für den gottesdienstlichen Gebrauch und ein weiteres Gemeindeliederbuch für die Alltagslieder in unseren Gruppen und Kreisen.“

Musik sei eine hervorragende Basis zur Weitergabe von Informationen, betonte der Ausschussvorsitzende. Dies gelte auch für die Kommunikation des Evangeliums. Deshalb forderte Dalferth: „Wenn die Kirche die Mediengeneration erreichen will, muss sie entsprechende Kommunikationsformen ausbauen.“ In diesem Zusammenhang verwies Landeskirchenmusikdirektor Bernhard Reich auf ein

Projekt zum Jahr des Gottesdienstes 2012: Um christliches Liedgut in der Gesellschaft bekannt zu halten und weiter bekannt zu machen, werde man rund 200 alte und neue Kirchenlieder auf Video aufzeichnen und im Internet veröffentlichen.

Oberkirchenrat Ulrich Heckel erklärte, die christliche Kirche sei von ihren Anfängen an eine Singbewegung gewesen. „Typisch evangelisch“ sei die Vertonung von Bibeltexten in Motetten, Kantaten und Oratorien: Dies sei „eine Tradition, die sich mit Pop-Oratorien und Gospelgesängen auch unter postmodernen Bedingungen weiterentwickeln lässt“, so Heckel. Er verwies auf das „missionarische Potenzial“ von Kirchenmusik – „sei es durch das Bach'sche Weihnachtsoratorium, sei es durch Gospelkonzerte oder christliche Popmusik.“

Um neue gesellschaftliche Milieus zu erreichen, forderte Matthias Hanßmann als stellvertretender Ausschussvorsitzender eine größere Offenheit auch für Populärmusik: „Populäres Liedgut ermöglicht uns die Integration verschiedener Lebenswelten“, erklärte er. Zu seinen

Träumen gehören instrumentale Begleit-CDs für den Gemeindegesang oder kostenlose Gitarren- und Pop-Piano-Kurse auf einer multimedialen, interaktiven Homepage, so Hanßmann.

Für mehr Offenheit und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Musikstilen in den Kirchengemeinden warb auch Landeskirchenmusikdirektor Bernhard Reich: „Alle müssen nicht alles in gleicher Weise schätzen, es gibt auch eine Einheit in der Vielfalt. Unterschiede müssen manchmal auch ertragen werden.“ Er sprach von einer Verpflichtung der Kirche gegenüber ihrer Geschichte und ihrer gegenwärtigen Bedeutung als Kulturträger. Deshalb wolle die Kirche dafür Sorge tragen, „dass die Musik und ganz speziell die konzertante Kirchenmusik professionell ausgeführt wird“.

„Angesichts des unproblematischen Zusammenwirkens von evangelischer und katholischer Kirchenmusik“ stellte der Landeskirchenmusikdirektor die Frage, „wie viel Mut erforderlich ist, bis evangelische und katholische Kirchengemeinden Teilzeitstellen zu einer gemeinsam getragenen Vollzeitstelle zusammenlegen“.



Die Landessynode singt:

Die christliche Kirche ist von ihren Anfängen an eine Singbewegung gewesen.



Bernhard Reich:

Offenheit gegenüber unterschiedlichen Musikstilen.

## Kirche und Musik, weil Gott musiziert

„Warum braucht die Kirche Musik? Weil Gott musiziert“ lautete das Fazit von Dorothea Gabler (Backnang) im Bericht aus den Arbeitsgruppen. Kirchenrat Frank Zeeb betonte für die Gruppe „Wie werden unterschiedliche Milieus erreicht?“ die milieuverbindende Funktion der Musik. „Welche Musik braucht Gottesdienst?“, fragte sich die Arbeitsgruppe, aus der Matthias Böhler (Bönnigheim) berichtete. Volkskirche brauche vielfältige Gottesdienste, die von den Gemeinden aktiv mitgestaltet werden, so Böhler. Matthias Hanßmann (Ditzingen) sagte für die Arbeitsgruppe „Liedgut weiterentwickeln“: „Neue Lieder sollen fortwährend in unserer Kirche entstehen können.“ Dieter Abrell (Stuttgart) forderte für die Arbeitsgruppe „Singen und Musizieren im digitalen Zeitalter“, künftig im Internet Noten oder eine Karaoke-Version des Gesangsbuchs bereitzustellen. Gerhardt Schubert (Ditzingen) berichtete aus der Arbeitsgruppe „Konzerte zwischen Highlight und Nachhaltigkeit“: Wer Konzerte, Festivals oder Musikreihen plane, brauche gute Beziehungen im Hintergrund. „Wer mit Kindern und Jugendlichen singen und musizieren will, braucht Anleitung- und musikalische Kompetenz“, sagte Hanna Fuhr (Reutlingen). Robby Höschele (Altdorf) stellte für die Arbeitsgruppe „Aus- und Fortbildung“ die These auf, dass die Lust am Singen in Deutschland wachsen werde – womöglich aber nicht in der Kirche.

In der Aussprache schlug Dorothea Gabler (Backnang) vor, dem drohenden Pfarrermangel dadurch zu begegnen, dass man Kirchenmusiker als Seelsorger entdecke, beispielsweise in Altenheimen oder Kindergärten. Der Antrag von Anita Gröh (Geislingen), nach dem jede Gemeinde für jedes Kirchenmitglied einmalig einen Euro zweckbestimmt für die Kirchenmusik aus der Ausgleichsrücklage erhalten soll, wurde in den Sonderausschuss „Kirche und Musik“ verwiesen.

## Entwicklungsarbeit und Mission

### Landesbischof kündigt Sofortprogramm für die Menschen im Südsudan an – Akzentverschiebungen bei kirchlicher Entwicklungsarbeit.

Landesbischof Frank Otfried July, Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes, kündigte eine Soforthilfe angesichts der dramatischen Situation im Südsudan an. Darüberhinaus werde es über das Diakonische Werk Württemberg eine gezielte Spendenaktion geben, teilte er mit. Nahezu stündlich gebe es Nachrichten von Ungerechtigkeit und Gewalt. Eltern würden vor den Augen ihrer Kinder erschossen und Kirchen in Brand gesetzt.

Es gebe Akzentverschiebungen im Bereich der Entwicklungsarbeit, sagte Kirchenrat Klaus Rieth. Aus der Forderung nach Hilfe zur Selbsthilfe und Umsetzung der Menschenrechte habe sich das Konzept des Empowerment (Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung) etabliert. Ein Bereich, der dabei an Bedeutung gewinne, sei die Lobby- und Advocacyarbeit (Interessen- oder anwaltschaftliche Vertretung). Verstärkte Aufmerksamkeit käme auch der nachhaltigen Entwicklung der entwicklungspolitischen Anliegen im Inland zu. „Vor diesem Hintergrund ist die Förderung der entwicklungspolitischen Freiwilligendienste zu sehen“, so Rieth. Er verwies auf mehrere Angebote vom Schülerpraktikum über die Vermittlung von Fachkräften bis hin zu erweiterten Praktika für Pfarrerinnen und Pfarrer.

Die Globalisierung verlange eine enge Vernetzung von sozialen Diensten, Armutsbekämpfung und Entwicklungsdienst. Die „Ökumenische Diakonie“ habe sich auf Programmprioritäten verständigt. Das Zusammenwirken missionarischer, missions-theologischer und entwicklungsbezogener Arbeit mit Kirchen und Partnern weltweit habe eine lange Tradition in der Landeskirche, sagte Rieth und belegte dies mehrfach. Er zeigte sich überzeugt,

dass die gemeinsame strategische Arbeit von Mission und Entwicklungsarbeit in den kirchlichen und missionarischen Werken, Einrichtungen und Organisationen in den zurückliegenden Jahren noch weiter ausgebaut werden konnte. Dies habe auch die Landeskirche bereichert.

Für den Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung stelle sich die Frage nach dem Verhältnis von Mission und Entwicklungsarbeit, erklärte dessen Vorsitzender, Martin Brändl. Er betonte, dass kirchlicher Entwicklungsdienst Bestandteil der „Sendung Gottes“ sei, um den Menschen das Evangelium zu verkündigen, „das Reich Gottes aufzurichten und zum Glauben daran einzuladen“. Mission und Entwicklungsarbeit müssen näher zusammenwachsen. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund der geplanten Verbindung des „Evangelischen Entwicklungsdienstes“ mit dem Diakonischen Werk zum „Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie“. In der Förderung kirchlicher Entwicklungsdienste und weltmissionarischer Aufgaben und Projekte der Missionsgesellschaften zeige sich das Engagement der Landeskirche.



Klaus Rieth:

*Globalisierung verlangt enge Vernetzung.*

## Landeskirche erhält Immobilienkonzept

Kirchenoberverwaltungsrat Bertram Sehl stellte das Immobilienkonzept der Landeskirche vor, das während der Herbsttagung 2010 von der Synode erbeten wurde.

Die Konzeption gehe davon aus, dass Immobilienbesitz einerseits nötig sei, um die Einrichtungen der Landeskirche angemessen unterzubringen. Andererseits verpflichte Immobilienbesitz zur Unterhaltung und Erhaltung der Gebäude, so Sehl. Die Konzeption wird für die Wohngebäude der Landeskirche, die Häuser, die von Werken, Diensten und Einrichtungen genutzt werden, sowie für die von der Landeskirche angemieteten Flächen erstellt. So sollen die Dienstgebäude bedarfsgerecht und wirtschaftlich ausgerichtet sein und sich beispielsweise auf wechselnde Gemeindemitgliederzahlen oder den zunehmenden Bedarf an Tagungsräumen einstellen.

Die Immobilienkonzeption diene der Steuerung von drei Verantwortungsbereichen, berichtete Sehl. Einen Bereich stellten die Finanzen der Landeskirche dar – so müsse die Vorhaltung der Flächen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeskirche entsprechen. Auch für die öffentliche Sichtbarkeit und das kulturelle Erbe der Landeskirche in Gebäuden müsse die Verantwortung getragen werden. Darüber hinaus soll die bedarfsgerechte Unterbringung von Einrichtungen gewährleistet werden.

Alle Gebäude sollen begangen und deren Zustand genau erfasst und mit Fotos dokumentiert werden, sagte Sehl. Auch der Flächenbedarf der Einrichtungen und das Potenzial der Gebäude sollen festgestellt werden. „Die Immobilienkonzeption ist nicht reine Momentaufnahme der landeskirchlichen Immobiliensituation, sondern soll laufend aktualisiert und auf dem neusten Stand gehalten werden“, sagte der Kirchenoberverwaltungsrat.

## In die Ausschüsse verwiesen

Die Lernpartnerschaft mit der Church of England soll weitergeführt werden, so ein Antrag. Eine Liste innovativer Arbeits- und Gemeindeformen soll erstellt werden, war das Thema eines weiteren Antrags. Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiografien sollen in den hauptamtlichen Verkündigungsdienst der Kirche berufen werden können. Ein weiterer Antrag besagt, den Kirchengemeinden solle freigestellt werden, den Tag für verfolgte Christen entweder am Stephanustag (26. Dezember) oder am Sonntag Reminiscere als „Gedenktag für verfolgte Christen“ zu begehen. Die Anträge wurden alle in den Theologischen Ausschuss verwiesen.

„Kirche der Zukunft“ soll ein Prozess heißen, in dem sich die Kirche den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt. Der Antrag wurde in den Geschäftsführenden Ausschuss verwiesen. Die Verteilung von Pfarrstellen und Finanzen soll so angepasst werden, dass Veränderungsprozesse unterstützt werden, so ein nächster Antrag. Mit einem neuen Verfahren sollen 80 Prozent der Bauvorhaben auf Bezirksebene abschließend beschlossen werden können, lautete ein weiterer Antrag. Ein anderer Antrag befasste sich mit der Konzeption des Innovationsfonds. Ein weiterer befasste sich mit dem Anliegen, für energetische Sanierungsarbeiten bei den Pfarr- und Gemeindehäusern das Zuschussprogramm um weitere zehn Millionen Euro aufzustocken. Diese Anträge wurden in den Finanzausschuss verwiesen. Auch ehrenamtliche Mitarbeiter sollen Abendmahlstfeiern in ihren Arbeitsgebieten leiten dürfen, war Thema eines Antrags, der in den Rechtsausschuss verwiesen wurde – unter Einbeziehung des Theologischen Ausschusses. Die Anträge zur Änderung der Wahlordnung und zur Änderung der Geschäftsordnung wurden in den Rechtsausschuss verwiesen.

## Förmliche Anfragen beantwortet

„Mission, Ökumene und Entwicklung haben einen großen Stellenwert in der Landeskirche“, sagte Oberkirchenrat Ulrich Heckel zur Konzeption des Dienstes für Mission, Ökumene und Entwicklung (DiMOE). Das Werk werde auch künftig auf Prälaturebene verortet sein, Organisation und Geschäftsführung würden zentral von Stuttgart aus übernommen. Die vom Kollegium beschlossene Kürzung von 222.000 Euro werde ohne Abstriche umgesetzt.

Im Februar wurden im Iran 300 Bibeln verbrannt. Heckel sagte dazu, die Ereignisse zeigten, dass „wir noch weit entfernt sind von einer viel geforderten weltweiten Religionsfreiheit“. Der Oberkirchenrat werde sich an die EKD wenden und nachfragen, ob über die Bundesregierung Protest eingereicht worden sei.

„Die Selbstverständlichkeit der Kindertaufe hat nachgelassen – die Taufe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt in ihrer Bedeutung zu“, betonte Ulrich Heckel. Deshalb seien Formen der Tauferinnerung zu entwickeln. Die Taufe ist ein Schwerpunkt im Jahr des Gottesdienstes 2012.

Oberkirchenrat Martin Kastrup erklärte zu den Finanzanlagen und Beteiligungen der Landeskirche, dass Nachhaltigkeit in diesem Bereich schon immer oberstes Gebot gewesen sei. In der Kernenergie habe die Kirche kein unmittelbares Engagement, bei der kirchlichen Energieversorgung betrage der Anteil nur 0,75 Prozent. Die Beteiligung an der Gesellschaft zur Energieversorgung der kirchlichen und sozialen Einrichtungen mbH (KSE) sei ein wesentliches Engagement zur Bereitstellung von Gas und Strom auch unter ökologischen Gesichtspunkten. Oberkirchenrat Wolfgang Traub berichtete, dass die Milieubetrachtung in der Ausbildung von Pfarrern, Diakonen und Kirchenmusikern sehr ausführlich behandelt werde.

## Nachhaltigkeit durch Sicherheit und Innovation

Oberkirchenrat Martin Kastrup legt Mittelfristige Finanzplanung der Landeskirche vor und spricht von positiver Ertragslage – Ausschussvorsitzende Inge Schneider: Der Finanzausschuss hält aber an den beschlossenen Kürzungen fest.



Martin Kastrup:

Es wird nun jährlich ein Korridor von zehn Millionen Euro außerhalb des Regelbudgets freigehalten.

„Die Rücklagensituation ist ordentlich. Die Ertragslage, insbesondere die Kirchensteuer, entwickelt sich positiv. Aus gegenwärtiger Sicht brennt nichts.“ Das ist das Fazit, das Oberkirchenrat Martin Kastrup bei der Vorstellung der Mittelfristigen Finanzplanung zog. Unter den Stichworten „Sicherheit“ und „Innovation“ machte er sich für eine nachhaltige Finanzplanung stark.

In fast allen Bereichen hätten die Rücklagen die Höhe der Ziel- oder Orientierungsgrößen erreicht. Lediglich bei der Kapitaldeckung der Alterssicherung bestehe ein begrenzter Nachholbedarf. Mit den Substanzerhaltungs- und Immobilienrücklagen der Kirchengemeinden könne man den Werteverzehr zwar noch nicht ausgleichen. Mit den Immobilienkonzepten befinde man sich aber „auf einem Weg der

Annäherung“. Recht positiv sei die Situation bei der gemeinsamen Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden sowie bei den selbst verwalteten Rücklagen der Gemeinden.

Jetzt gelte es, Innovation zu fördern. So werde jährlich ein Korridor von zehn Millionen Euro für Maßnahmen außerhalb des Regelbudgets freigehalten. Darüber hinaus werde bei guter Ertragslage ein strategisches Budget bereitgestellt, das die Finanzierung von Neuorientierungsprojekten sowie strukturellen Innovationen ermögliche. Damit werden weitere Innovationen finanzierbar, weil Budgets einen Teil der eingesparten Mittel in einer Rücklage sammeln dürfen.

Die Ausgleichsrücklage der Landeskirche liege mit 42 Millionen Euro, die gemeinsame Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden mit 25 Millionen Euro über ihren Zielrahmen. Für die Kirchengemeinden gebe es in der Mittelfristplanung bereits Verwendungsvorschläge in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro.

„Der Finanzausschuss hält trotz des guten Kirchensteuereingangs an den beschlossenen Kürzungen in Höhe von rund zehn Millionen fest“, betonte die Ausschussvorsitzende Inge Schneider. Es müsse weiter restrukturiert werden. „Auch mit einer erhöhten Zuweisung sind nicht alle Gebäude und Strukturen auf Dauer haltbar“, so Schneider. Sie regte einen freiwilligen Zusammenschluss kleinerer Kirchengemeinden an.

Ihr Ausschuss habe allen von den Fachausschüssen genehmigten inhaltlichen Projekten zugestimmt, aber im Gebäudebereich „nur den absolut notwendigen Maßnahmen“, sagte sie. Weitere Sanierungen und Umbauten, insbeson-

dere im Tagungsstättenbereich, können erst unter Berücksichtigung des Immobilienkonzepts genehmigt werden. Darüber hinaus gelte es, sich dem Versorgungsbereich zuzuwenden. Insbesondere bei den Pfarrerspensionen und Beihilfeansprüche tue sich „ein großes Loch auf“.

Neben der energetischen Sanierung solle auch die Substanzerhaltungsrücklage der Gemeinden im Blick bleiben, sagte Andreas Schäffer für die „Lebendige Gemeinde“. Kirche habe den Auftrag, zu den Menschen zu gehen. Es gelte, um jede Pfarrstelle zu ringen.

Anita Gröh begrüßte im Namen der „Offenen Kirche“ das Immobilienkonzept der Landeskirche und kritisierte die Kürzungen bei der Betriebsseelsorge. Sie sprach sich für eine weitere Stelle für das landeskirchliche Fundraising aus. Zudem forderte sie zusätzlich zum PfarrPlan eine Strukturplanung.

Das Problem sei, „dass wir noch zu gut ausgestattet sind“, sagte Reinhard Kafka für „Evangelium und Kirche“. Die Immobiliensituation sei unbefriedigend. Dagegen lobte er die Strukturpassungen an der Evangelischen Akademie und kritisierte Tendenzen eines Auseinanderdriftens von Diakonie und Kirche.

„Wir freuen uns darüber, dass der finanzielle Druck uns dazu zwingt, unterschiedliche Milieus in den Blick zu nehmen“, sagte Markus Munzinger für „Kirche für morgen“. Er forderte mehr Geld, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Während mehrere Redner kritisierten, dass die Landeskirche das EKD-Projekt „Erwachsen glauben“ kaum fördere, erklärte OKR Ulrich Heckel, dass die Landeskirche das Projekt in eine Dachkampagne integriere. Dadurch sei dem Projekt mehr gedient.

## Neues EKD-Pfarrdienstgesetz

Das Pfarrdienstgesetz der EKD ermöglicht eine bundesweite Vereinheitlichung bei der Anstellung. Gleichzeitig sorgt es für Reibung.

Das von der EKD im November vergangenen Jahres verabschiedete Pfarrdienstgesetz, das den Gliedkirchen bis Ende des Jahres zur Zustimmung vorgelegt wurde, sorgt weiter für Auseinandersetzungen. Das Gesetz ermöglicht die bundesweite Anstellung von Pfarrerinnen und Pfarrern nach den gleichen Grundlagen, sagte Oberkirchenrat Erwin Hartmann.

Das neue Pfarrdienstgesetz ist im Detail so ausgearbeitet, dass Gliedkirchen im Falle einer für sie untragbaren Rechtsentwicklung ihre Gesetzgebungskompetenz wieder von der EKD „zurück-

holen“ können. Zahlreiche Klauseln halten genug Spielraum für württembergische Regelungen offen. Im Rahmen dieser Öffnungsklauseln erwähnte Hartmann beispielsweise die Erhaltung der bisherigen Praxis bei Wartestandsregelungen. Diese ermöglichen durch ihren zurückhaltenden Modus Pfarrerinnen und Pfarrern im Wartestand, eine bewegliche Pfarrstelle anzutreten.

Das neue Pfarrdienstgesetz ist unter anderem umstritten, weil es das Zusammenleben gleichgeschlechtlicher Paare im Pfarrhaus ermöglicht. In seinem Votum für den Gesprächskreis

„Lebendige Gemeinde“ sagte Volker Teich, Leitbild für eine Lebensgemeinschaft sei die Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau, und nicht der Zeitgeist. Jutta Heinrich („Offene Kirche“) verglich den Streitpunkt mit „anderen Fragen mit Spaltungspotenzial“, wie etwa die der Frauenordination oder schon bei der Reformation die der Priesterehe. Beide Herausforderungen habe die Volkskirche im Lauf der Geschichte mit Gewinn überwunden. Das mache Mut, positiv auch an diese Frage heranzugehen.

Winfried Dalferth („Evangelium und Kirche“) plädierte für die württembergische Einzelfallregelung. Markus Munzinger („Kirche für Morgen“) wünschte sich ebenfalls, daran festzuhalten. Er begrüße die Auseinandersetzung zwischen den Gesprächskreisen über dieses Thema, warnte aber vor dessen spaltendem Potenzial.

Konsens zwischen Synode und Oberkirchenrat sei, dass die damit erneut aufgebrochene Diskussion über die grundsätzliche Bewertung von Homosexualität nicht mit wenigen Debattenbeiträgen und der Einbringung eines Kirchengesetzes „abgetan“ werden könne, sondern einer ausführlichen theologischen Erörterung bedürfe, sagte Hartmann. Ein gesonderter Klausurtag von Oberkirchenrat und Synode im Herbst solle dieser Notwendigkeit Rechnung tragen.

Den entscheidenden Vorteil bei der Übernahme eines einheitlichen Pfarrdienstgesetzes sieht Hartmann darin, dass das kirchliche Dienstrecht bei den staatlichen Stellen an Akzeptanz gewinne. Auch vor dem Hintergrund des zunehmend wichtiger werdenden europäischen Rechts sei dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Gesetzesentwurf wurde an den Rechtsausschuss verwiesen.

### Anpassung an Landesdienstrecht

Um die Attraktivität des kirchlichen Dienstes zu wahren und um im Wettbewerb mit anderen Dienstherren gleichgestellt zu sein, sollen die Regelungen des Dienstrechtsreformgesetzes des Landes Baden-Württemberg in das landeskirchliche Dienstrecht übernommen werden, erklärte Oberkirchenrat Erwin Hartmann. So soll die Besoldung zukünftig an der Zeit der dienstlichen Erfahrung und nicht, wie bisher, am Lebensalter orientiert werden. Es sei aber keine Verschlechterung zu befürchten, so Heckel. In Angleichung an die Bundesbeamtengesetze werde die Lebensarbeitszeit von Pfarrern schrittweise bis 67 erhöht. Außerdem soll ein Altersgeld für Pfarrer, die das Pfarrerdienstverhältnis aufgeben, eingeführt werden. Diese pensionsähnliche Auszahlung berechne sich aus der individuell erbrachten Dienstzeit und ersetze eine Versorgung im rentenrechtlichen Sinne. Der Gesetzentwurf wurde in den Rechtsausschuss verwiesen.

### Europäische Synodale in Boll

Kirchenrat Klaus Rieth kündigte die erste Begegnung der Synoden der evangelischen Kirchen in Europa für den 20. bis 22. Januar 2012 in der Akademie Bad Boll an. Die Tagung war von der württembergischen Synode angeregt worden. Nur noch 13 Prozent der Europäer seien Protestanten. „Sie werden nur bestehen, wenn sie ihre Kräfte bündeln“, sagte Rieth. Von der Tagung erwartet er sich „wichtige Impulse“ für die Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) im September 2012 in Florenz. Der Vorsitzende des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit, Winfried Dalferth, sprach gar von einer „Initialzündung“. Die Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Europa finde vor allem über die Kirchenämter statt. Die Synoden seien bisher kaum beteiligt. Er beantragte einen Zuschuss von 12.000 Euro. Die Gesprächskreise signalisierten Zustimmung und verwiesen den Antrag in den Finanzausschuss.

## Friedensarbeit besser vernetzt

Ruth Rapp (Vaihingen/Enz, Mühlacker) berichtete von den Erlebnissen, die sie auf der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation auf Jamaika gesammelt hat. Sie war Mitglied einer württembergischen Delegation. Die Friedenskonvokation beschloss die „Dekade zur Überwindung der Gewalt“.

„Ehre sei Gott und Frieden auf Erden.“ Dies war der Leitsatz der Friedenskonvokation, die vom 17. bis 25. Mai in Kingston/Jamaika stattfand. An dieser Konferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) nahmen mehr als 1000 Delegierte aus aller Welt teil – auch aus Württemberg.

Der Friede aber bleibt abstrakt und nicht greifbar, wenn er nicht im konkreten Leben der Menschen erfahrbar wird. Deshalb war die württembergische Delegation bereits eine Woche vor Beginn der Tagung in Jamaika unterwegs: „Wir haben erfahren, was die Probleme der Menschen in Jamaika sind und wie sie versuchen, diese auf friedliche Art zu lösen. Ihre Botschaften sind einfacher als diejenigen, die während der Tagung formuliert wurden. Es ist aber wichtig, dass auch sie gehört werden.“

Ruth Rapp erzählte von Bischof King aus Montego Bay, der bis vor kurzem nicht durch jede Straße seines Viertels gehen konnte. Er hätte im Kreuzfeuer rivalisierender Gangs einfach sterben können. Für Alternativen zum Leben in einer Gang, das geprägt ist von Gewalt und Drogen, setzten sich die verschiedenen Kirchen im Viertel ein: Sie schaffen Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen. Und sie berichtete von einem Fischer aus den Mangroven vor Kingston, der nicht mit dem Netz fischt. Er will die „Fischschulen“, die roten Korallen im Wasser und die Muscheln an den Wurzeln der Mangrovenbäumen nicht zerstören. Deshalb hat er Einbußen beim Fang. An manchen Tagen reicht es kaum für die Mahlzeiten. „Für ihn ist es aber sein Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung.“

Leider, so Rapp, sei es bei der Tagung selbst kaum möglich gewesen, zu einer intensiveren

Aussprache und vertieften Diskussion mit allen Teilnehmern zu kommen. Die vielen Referate, Podiumsgespräche und Workshops haben keinen Raum dafür gelassen. „Heftige Kritik gab es, weil eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Krisen in der Welt nicht stattgefunden hat.“

Die Tagung, die die offizielle Abschlussveranstaltung der „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ ist, sei aber kein Schlusspunkt, sondern ein Doppelpunkt: „Eine Auswertung, wie wir die Botschaft der Friedenskonvokation für uns und für die württembergische Landeskirche übersetzen und welche konkreten Schritte dazu nötig sind, erfolgt am 8. und 9. Juli.“ Die Dekade habe die Friedensarbeit in den Mitgliedskirchen gestärkt und vernetzt. Die Arbeit der Kirchen für den Frieden geht also weiter und sie muss es auch, damit sich der Frieden Gottes über die ganze Welt ausbreiten kann.



*Ruth Rapp: Der Friede bleibt abstrakt und nicht greifbar, wenn er nicht im konkreten Leben der Menschen erfahrbar wird. Nach der Dekade zur Überwindung von Gewalt geht die Arbeit der Kirchen für den Frieden weiter.*

### Nächste Synodaltagung

Die Württembergische Evangelische Landessynode trifft sich zu ihrer Herbsttagung vom 22. bis 24. November 2011 im Stuttgarter Hospitalhof. Im Mittelpunkt werden dann die Haushaltsberatungen stehen. Informationen im Vorfeld finden Sie auf der Internetseite der Landeskirche. Selbstverständlich können Sie dort auch die Tagesordnung der Herbsttagung rechtzeitig einsehen:

[www.elk-wue.de](http://www.elk-wue.de)

## Zuwahlen und Mandatswechsel

Die Landessynode wählt drei von zukünftig vier Jugendsynodalen zu. Mandatswechsel gab es in zudem verschiedenen synodalen Ausschüssen und Gremien.

Als Jugendsynodale wurden Mark Christenson (Evangelium und Kirche), Stefanie Klumpp (Kirche für morgen) und Patrizia Quellmalz (Lebendige Gemeinde) zugewählt. Marlene Küstermann, die krankheitsbedingt nicht da sein konnte, wird voraussichtlich auf der Herbsttagung zugewählt. Christenson engagiert sich künftig im Theologischen Ausschuss, Patrizia Quellmalz im Finanzausschuss und Stefanie Klumpp im Ausschuss für Bildung und Jugend.

Die Synodale Marion Scheffler-Duncker hatte ihr Mandat im Geschäftsführenden Ausschuss niedergelegt. Ihren Sitz übernahm Elke Dangelmaier-Vinçon. Sie ist somit auch

Mitglied des Ältestenrats. Scheffler-Duncker wurde persönliche Vertreterin von Martin Plümicke.

Erich Haller wurde in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit gewählt. Der Gesprächskreis „Offene Kirche“ hat ihn für den Vorsitz dieses Ausschusses benannt. Sein Mandat im Ausschuss für Diakonie nimmt nun Waltraud Bretzger wahr.

Des Weiteren wurde Johannes Bräuchle zum Mitglied des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit ernannt. Ins Kuratorium des Pädagogisch-Theologischen Zentrums (PTZ) wurde Robby Höschele als Nachfolger von Michael Seibt gewählt.

## Gesetz als Scheinriese

Als einen „Scheinriesen“ bezeichnete Christian Heckel das Gesetz zur Ausführung des Disziplinargesetzes der EKD. Zum einen handle es sich bei dem Gesetz tatsächlich nur um die Regelung seiner Ausführung, zum anderen sei es nur scheinbar neu: Im Vergleich zum alten Ausführungsgesetz von 1997 enthalte es nur unwesentliche Änderungen. Als Besonderheit, wenn auch keine Neuheit, verwies Heckel auf die Regelung des Gesetzes bei Vikarinnen und Vikaren, für die ein anderes Anstellungsrecht gilt. Im Disziplinarverfahren gegen sie sollen jedoch bei Ihnen, wie bisher auch, zwei ordinierte Beisitzer mitwirken. Dieser Regelung zugrunde liegt die Ansicht, dass nach dem württembergischen Pfarrerbild und Pfarrerdienstrecht Vikarinnen und Vikare bereits Pfarrer sind. Dem Gesetzesentwurf des Oberkirchenrats wurde zugestimmt.

### Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH  
 Redaktion: Dan Peter (verantwortlich), Stephan Braun, Carolin Dieter, Franziska Gruner, Nicole Marten, Jasmin Schönemann, Peter Steinle, Mirjam Wild  
 Fotos: David Kobow, Jennifer Räßle  
 Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei:  
 Evangelisches Medienhaus GmbH  
 Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart  
 Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81  
 kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



Als Jugendsynodale zugewählt:  
 von links: Mark Christenson, Stefanie Klumpp, Patrizia Quellmalz



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE  
 IN WÜRTTEMBERG